



Stellungnahme der christlichen und jüdischen Religionsgemeinschaften in Kehl

zum Verfassungsschutzbericht 2025



Kehl



20. August 2026

Der Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg für das Jahr 2025 führt unter dem Kapitel „Islamistischer Extremismus und Terrorismus“ (S. 116ff.) aktuelle salafistische Strömungen mit ihren Zentren und führenden Personen an. Der „Salafismus“ wird als Form des Islamismus begrifflich gefasst als dasjenige „konservativ-traditionalistische Islamverständnis“, auf dem sowohl der politische Salafismus als auch der Jihadismus aufbauen (S. 120). „Als Ideologie, die demokratische Systeme ablehnt, steht Salafismus im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.“ (S. 128) Die 2009 in Kehl gegründete Al-Hidaya Moschee mit dem Trägerverein „Integration und Verständigung e. V.“ (IUV) hat sich nun laut Verfassungsschutzbericht „als Zentrum salafistischer Agitation etabliert“ (S. 133).

Der Verfassungsschutz legt weitestgehend nicht offen, auf welcher Grundlage er zu seiner Einordnung der Moschee als salafistisches Zentrum gelangt (genannt wird ein Kontakt zu Neil Bin Radhan aus der „salafistischen Szene“ im Jahr 2024 sowie Spendenaufrufe im salafistischen Milieu, s. S. 133). In Ermangelung weiterführender Einsicht, die die Einstufung transparent macht, möchten wir als die nachstehend genannten Religionsgemeinschaften eigene Erfahrungen im Umgang mit der Moschee und ihrem Imam mit der Öffentlichkeit teilen:

Als Vertreter zunächst der beiden großen christlichen Kirchen, der katholischen und evangelischen Kirchengemeinden in Kehl, greifen wir auf einen bereits jahrelangen Dialog mit der Moschee und vertrauensbasierte Kontakte auf Arbeitskreisebene zurück. Die im unmittelbaren Kontakt gesammelten Erfahrungen ergeben für uns bislang kein Bild, das die im Bericht vorgenommene fundamentalistisch-extremistische Einordnung nachvollziehbar machen würde: Der der Moschee vorstehende Imam, Mohamad Hajir, tritt im interreligiösen wie gesellschaftlichen Diskurs und auch mit seiner Person dezidiert und authentisch für gelingende Integration, Verständigung und Teilhabe an der Gesellschaft sowie Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ein.

Unsere eigene Einschätzung beruht ferner auf den zahlreichen gemeinsamen Erfahrungen, die im Rahmen von Bildungsveranstaltungen (Aufklärung über das Verhältnis von Christen, Juden, Muslimen zueinander), den Bemühungen zur Begründung eines Forums der Religionen, gegenseitiger Einladung zu religiös geprägten Festen, Führungen von Schulklassen in den Moscheen der Stadt, Begegnungen im „Netzwerk Migration und Miteinander“, Einladung zu den Freitagspredigten (sämtlich auf Deutsch zugänglich) gewonnen werden konnten. Auch im Bereich Seelsorge ist die Zusammenarbeit mit der Moschee verankert: Die positiven Erfahrungen beruhen auf der Mitarbeit des Imams in der kirchlichen Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) im Ortenaukreis. Die Aktivitäten und Angebote der Moschee sind transparent und öffentlich zugänglich, so gerade auch im Kontext der jährlichen Einladung zum „Tag der offenen Moschee“.

Auch der Jüdische Kultur- und Religionsverein Kehl e.V. ist in den interreligiösen Dialog mit der Al-Hidaya-Moschee und Mohamad Hajir eingebunden. Die bisherigen persönlichen Begegnungen und Gespräche haben wir als Jüdische Gemeinde als offen, respektvoll und äußerst konstruktiv erlebt. Gerade aus jüdischer Perspektive ist es wichtig, für die uneingeschränkte Anerkennung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie die klare Ablehnung von Antisemitismus, Rassismus und jeder Form religiösen Extremismus einzutreten. Insofern nehmen wir den Verfassungsschutzbericht sehr ernst. Gleichzeitig halten wir es auch für richtig, die tatsächlich vor Ort gemachten positiven Kontakte in eine Gesamtbetrachtung einzubeziehen.

Auf Grundlage unserer eigenen Erfahrungen ergibt sich für uns als katholische, evangelische, jüdische Gemeinden vor Ort ein Bild, das um die positiven Begegnungen im persönlichen und interreligiösen Austausch ergänzt werden sollte.

In Ermangelung der genauen Befunde, auf die der Verfassungsschutz seine Bewertung stützt, veröffentlichen wir im Sinne einer umfassenderen Gesamtperspektive die oben genannten Erfahrungen. Diese rechtfertigen aus unserer Sicht, den interreligiösen Dialog fortzusetzen. Zugleich verstehen wir unsere persönlichen Erfahrungen nicht als fachliche Bewertung oder Widerlegung der Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, sondern als deren Ergänzung aus der Perspektive der langjährigen Zusammenarbeit vor Ort.

Dr. Bettina Kretz

Pfarrerin

Evangelische Kirchengemeinde Kehl

David Byk

Vorstand

Jüdischer Kultur- und Religionsverein
Kehl e.V.**Martin Kramer**

Pastoralreferent

Katholische Kirche in Kehl